

## Die Kriegszulagen für die städtischen Beamten und Lehrer.

Eine Erhöhung der Straßenbahntarife?

Die „Rathauskorrespondenz“ schreibt:

Der Magistrat befaßt sich im Auftrage des Bürgermeisters eingehend mit der Frage der erhöhten Kriegszulagen für die städtischen Beamten und Lehrer und sonstigen Angestellten und bereitet auch geeignete Vorschläge wegen Bedeckung der namhaften Mehrkosten vor. Bei der großen Anzahl der Gemeindeangestellten und bei den für den Magistrat, die Unternehmungen und die Lehrerschaft ganz verschiedenen gesetzlichen und dienstpragmatischen Normen stellt sich die Arbeit als besonders schwierig dar und wird jedenfalls noch mindestens eine Woche vergehen, bevor die Vorlagen dem Bürgermeister unterbreitet werden. Es wäre verfrüht, heute schon über die Schlussanträge des magistratischen Elaborates Mitteilungen veröffentlichten zu wollen.

Nach der Meldung eines Wiener Blattes soll zur Deckung der den Beamten der Stadt Wien und der Wiener Lehrerschaft zugeordneten neuerlichen Kriegsteuerzulage die Erhöhung der Wiener Straßenbahntarife um zwei Heller in Aussicht genommen sein. Wie wir hören, wurde dieser Vorschlag aus einem Kreise städtischer Beamten dem Gemeinderatspräsidium vorgelegt. Soviel ist gewiß, daß im Rahmen des regelmäßigen Budgets der Gemeindeverwaltung der Stadt Wien eine allgemeine und wirkungsvolle Kriegsteuerzulage für die städtischen Beamten und Lehrer nicht eingestellt werden kann. Wenn einzelne österreichische Städte ihren Beamten eine fünfzehn- bis zwanzigprozentige Steuerzulage gewährten, so konnten sie dies ohne Gefährdung des Finanzplanes leisten, da in jenen Fällen nur ganz wenige Personen in Betracht kamen. In Wien zählt man jedoch ein Heer von über vierzigtausend Angestellten der Stadt.

Um keinen Zweifel aufkommen und keiner Mißdeutung Raum zu lassen, betonen wir, daß selbstverständlich die Forderung der Beamten und Lehrer in Wien uns gerecht erscheint und daß wir ihre Erfüllung wünschen. Die Art der vorgeschlagenen Bedeckung, die Erhöhung der Tramwaytarife, müßte jedoch die stärksten Bedenken erregen. Diese Maßregel würde Hunderttausende der arbeitenden Klassen mit einer Belastung bedenken, ohne gerade die zahlungsfähigsten wohlhabenden Kreise zu treffen, überdies belastet sie die kinderreichen Familien am meisten, es hätte also diese Steuer einen ausgeprochen antisozialen Zug.

Die oberen Zehntausend, die im Besitze von Automobilen oder Equipage sind, dann die Privatiers und die bloß telephonierenden Zwischenhändler würden die verteuerten Tarife nicht spüren. Bei Familien, die Monate auf dem Lande verbringen können, würde sie sich weniger bemerkbar machen. Wer aber dieser Verteuerung nicht ausweichen könnte, das ist die regsame, arbeitende breite Bevölkerung, das sind die Angestellten der Geschäftswelt, die Fabrikarbeiter usw., die täglich sicherlich viermal die Straßenbahn benutzen und — gewiß unter der allgemeinen Linderung schon arg zu leiden haben. Und die kinderreichen Familien unter ihnen würden die Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuer zu leisten haben.

Zur Erleichterung der Lebensführung einer bestimmten Kategorie der Bevölkerung andere nicht minder leidende Kreise heranziehen zu wollen, ist ein undurchführbarer Plan, in dessen Natur es schon liegt, daß zwischen jenen von der neuen Linderung getroffenen und den anderen sofort ein Gegensatz gebildet wird.

Im Wiener Rathause hat die christlichsoziale Partei ebenso wie im Landhause stets weitausgreifende soziale Fürsorge für die Lehrer und die städtischen Beamten geübt und bekanntlich bereits Kriegszulagen gewährt. Es kann nicht in den Interessen der städtischen Beamten liegen, die Gemeinderatsmehrheit, die bisher alle ihre Wünsche erfüllte, in den schroffsten Gegensatz zur Wählerschaft zu bringen. Das unpopuläre und unsoziale Projekt der Erhöhung der Tramwaytarife erscheint glattweg undurchführbar. Das ist unsere Meinung.